# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint werktags nachm. 4 Uhr. Bezugspr. monatl. 2 RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzügl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 Rpf. Alle Postanstalten, Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Ist infolge höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise laut aufliegender Preisliste Nr. 6. — Ziffer-Gebühr: 20 Rpfg. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzwünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. — Bei Konkurs und Zwangsvergleich erlischt jeder Anspruch auf Nachlaß.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206

**Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen und des Stadtrats zu Wilsdruff behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff, des Finanzamts Nossen sowie des Forstrentamts Tharandt.**

Nr. 208 — 95. Jahrgang | Drahtanschrift: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 5. September 1936


## Im Dienst der Arbeit

**Die Erhöhung der Körperschaftssteuer — Die Leipziger Herbstmesse.**

Der Ausgangspunkt allen wirtschaftlichen Geschehens im Dritten Reich ist die Arbeit und die Arbeitsbeschaffung. Dadurch unterscheidet es sich grundlegend von der voraufgegangenen Zeit der Systemherrschaft, in der das Geld und das Kapital im Mittelpunkt allen Wirtschaftens standen, und zwar das Kapital im Dienste einiger weniger Großverdiener. Heute ist das Kapital, ebenso wie alle übrigen Wirtschaftsfaktoren, Diener der Arbeit und mit der Arbeit im Dienste des Staates.

Aus dieser Grundeinstellung heraus erklärt sich auch die in diesen Tagen vorgenommene Erhöhung der Körperschaftssteuer um ein Viertel für 1936 und um die Hälfte für 1937. Aus drei Gründen wurde diese Erhöhung vorgenommen. Sie ist nach der amtlichen Mitteilung „fiskalisch bedingt, allgemeinpolitisch notwendig und steuerpolitisch gerechtfertigt". Die fiskalische Bedingtheit ergibt sich klipp und klar aus den großen Aufgaben, die das Reich zur Durchführung der Arbeitsbeschaffung und zur Wehrhaftmachung des Volkes übernommen hat und die naturgemäß auch große Mittel verschlingen. Da der geldliche Bedarf größer ist, als noch vor kurzem angenommen werden konnte, und da nach der wiederholten Aeußerung des Reichsfinanzministers „eine Verewigung des Systems der Vorgriffe und der späteren Konsolidierung" vermieden werden soll, war es notwendig, neue Finanzquellen zu erschließen. Blieb nur der Weg der Steuererhöhung. Durch diese erste Steuersteigerung im Dritten Reich werden ausschließlich die Kreise betroffen, die ihre vergrößerten Einnahmen und ihre erhöhten Gewinne einzig und allein der vom Staat angeregten, in der Zwischenzeit durch die Privatinitiative fortgesetzten Konjunktur verdanken. Der Grundsatz der steuerlichen Gerechtigkeit verlangte mithin, daß diese Kreise auch dem Staat jetzt die gebührende Hilfe leihen. Ist es doch für unsere heutigen Begriffe als recht und billig, daß die Gewinne, die durch das Reich verursacht sind, auch ihm im Steuerweg zugute kommen. An diese Kreise mußte um so mehr herangegangen werden, als sie sich bisher nicht in genügender Weise an der Finanzierung der Staatsaufgaben beteiligt und besonders in bezug auf die Reichsanleihezeichnung vielfach enttäuscht hatten. Außerdem ist die Gesellschaftsform der „juristischen Personen", die die Körperschaftssteuern aufbringen, nach nationalsozialistischer Auffassung, wo nicht überholt, so doch wenig geschätzt. Die neuerliche Zunahme der Körperschaften, der Aktiengesellschaften mit beschränkter Haftung war mit ein Grund zur Erhöhung der Steuer. Diese wird in Zukunft wohl die Neigung gewisser, allzu sehr noch in den Anschauungen der Systemzeit verhafteter Kreise schmälern, weiterhin unpersönliche Gesellschaften ins Leben zu rufen, die dem Grundsatz der vollen Verantwortlichkeit des einzelnen der Allgemeinheit gegenüber entgegenstehen. Wie berechtigt die Erhöhung der Körperschaftssteuer ist, zeigen die folgenden Zahlen. Im Rechnungsjahr 1932 erbrachte die Körperschaftssteuer nur 105,8 Millionen Mark oder 9 Prozent der Einkommensteuer, im Jahre 1934 bereits 319,5 Millionen und 1935 schon 593,7 Millionen Mark oder über 20 Prozent der in der Zwischenzeit ebenfalls erheblich gestiegenen Einkommensteuer. In den ersten Monaten 1936 erbrachte die Körperschaftssteuer allein den Betrag von 229,9 Millionen Mark, so daß für das gesamte Rechnungsjahr 1936/37 ein Ertrag von rund 1,1 Milliarde Mark zu erwarten ist. Diese Zahlen lassen einmal Rückschlüsse darauf zu, wieviel in den letzten Jahren in den unpersönlichen Gesellschaften verdient worden ist, und zum andern, welche Möglichkeiten sich für den Staatshaushalt aus der Steuererhebung ergeben. Allein für 1936 dürfte nach der Steuererhöhung um 5 Prozent auf 25 Prozent mit einer Mehreinnahme des Staates von rund 200 Millionen zu rechnen sein. Wenn der Staat durch die Erhöhung der Körperschaftssteuer einen erhöhten Teil der durchweg seit 1933 beträchtlichen Gewinne der Kapitalgesellschaften jetzt für sich mit Beschlag belegt, so zieht er damit bewußt ein wichtiges Gebiet der bisher ziemlich unkontrollierten Kapitalbildung innerhalb der Unternehmungswirtschaften zu sich heran und stellt es ebenfalls in den Dienst der großen öffentlichen Aufgaben. So bedeutet die Körperschaftssteuererhöhung einen weiteren wichtigen Schritt auf dem Wege der staatlichen Kapitallenkung.

Nach der erfolgreichen Beendigung der Königsberger Ostmesse begann am 30. August in Leipzig die große Herbstmesse. Wieder waren mehr Besucher, mehr Aussteller und mehr Einkäufer aus dem In- und Ausland nach Leipzig gekommen als im August 1935. Allein die Zahl der Ausländer liegt um 20 Prozent höher als im Vorjahre. Wieder ließ sich das Messegeschäft schon in den ersten Ausstellungstagen ganz vorzüglich an. Jedenfalls soweit das Inlandgeschäft in Frage kam. Eine der Hauptaufgaben der Messen in Leipzig aber ist die Anregung der Ausfuhrtätigkeit. Hier, wo Vertreter aus allen Ländern der Welt Gelegenheit haben, deutsche Waren auf Wert und Qualität in Augenschein zu nehmen, muß es gelingen, auch unserer Ausfuhr neue Betätigungsmöglichkeiten zu schaffen. Daß die Ausfuhrerweiterung nur möglich ist, nachdem in einer Reihe Staaten eine innere Wirtschaftsgesundung erfolgt war, beweisen die deutschen Außenhandelsziffern dieses Jahres, beweist aufs neue der Hergang der diesjährigen Leipziger Messe. Zwar standen auch auf der jetzigen Messeveranstaltung immer noch Devisenbewirtschaftungsmaßnahmen der Erteilung mancher Aufträge hindernd im Wege. Trotzdem bahnten sich neue Möglichkeiten an. Es ist dabei ein schwacher Trost für uns, daß der Außenhandel auch in anderen Ländern mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, ein besonders schwacher Trost, weil die Voraussetzungen für das Ausfuhrgeschäft für uns besonders ungünstig sind. Einmal hat Deutschland in der Nachkriegszeit den größten Teil seines Kapitals verloren und sich in der Scheinblüte der Systemzeit stark an das Ausland verschuldet, zum andern ist es rohstoffarm, und deshalb besonders auf Ausfuhr angewiesen. Aus dieser harten Notwendigkeit heraus, die zur Schaffung des „Neuen Planes" führte, ergab sich die Forderung, auch die Leipziger Messe in den Dienst der Ausfuhrförderung zu stellen. Besonders stark war dieses Mal das Interesse Südosteuropas, der Schweiz und Englands für deutsche Fertigwaren. Wenn auch noch keine abschließenden Zahlen über den Verlauf des Messegeschäftes vorliegen, so weiß man doch so viel, daß der Betrag der zusätzlichen Umsätze, die durch die Leipziger Herbstmesse erzielt wurden, über dem des Vorjahres, der sich auf 85 Millionen Mark bezifferte, lagen.

# Sowjetunion vor Hungerkatastrophe.

## Weite Gebiete von völliger Mißernte betroffen.

**Ueber die Erntekatastrophe in der Sowjetunion liegen jetzt genauere Einzelheiten vor. Das Jahr 1936 war für Sowjetrußland ein ausgesprochenes Dürrejahr.**

**Ein Gebiet, das fast die Hälfte der Aussaatfläche der Sowjetunion umfaßt, verzeichnet eine Mißernte, die seit 15 Jahren nicht vorgekommen ist.**

**Dabei setzte nach der letzten Mißernte im Jahre 1921 die Hungerhilfe Nansens ein, die heute nach Lage der Dinge nicht wiederholt werden kann.**

Bereits in der Umgebung von Moskau fallen auf den Straßen Hunderte von Bauern auf, die ihr Vieh aus Futtermangel zum Schlachten in die Stadt treiben. Die gleiche Erscheinung beobachtet man in der Umgebung der Städte Tula, Minsk, Twer, Kirow, Saratow und anderen.

Das Dürregebiet umfaßt dieses Mal fast das gesamte europäische Rußland mit nur kleinen Ausnahmen. In diesem riesigen Gebiet hat das widerstandsfähige Wintergetreide durchschnittlich nur die Hälfte der Normalernte erbracht. Das Sommergetreide dagegen erbrachte fast überhaupt keine Ernte, weil sich in vielen Fällen nicht einmal das Mähen lohnte. Hier greift jetzt der Arm der bolschewistischen Partei und Regierung ein, die zur Aberntung auch der spärlichsten Ernte auf solchen vertrockneten Feldern aufruft.

Die Sowjetunion steht zum ersten Mal in ihrer Geschichte vor der Notwendigkeit, den Versuch zu machen, aus eigener Kraft eine Dürrekatastrophe zu überwinden. Als Hilfsmittel stehen etwa zehn Millionen Tonnen Getreide zur Verfügung, die als Reserve für die rote Armee aufgestapelt wurden. Die Sowjetregierung will der vom Hunger bedrohten Bevölkerung diese verfügbare Reserve vorenthalten, Moskau ist, wie aus den in Warschau eintreffenden Nachrichten eindeutig hervorgeht, entschlossen,

**lieber Millionen der arbeitenden russischen Bevölkerung dem Hunger zu opfern, als durch Angreifen der Heeresbestände die Schlagkraft der roten Armee zu gefährden,**

die man besonders mit Rücksicht auf die anwachsenden inneren Unruhen nicht entbehren zu können meint.

*

### Riesendurchstechereien in russischer Sozialversicherung

Wie die amtliche „Iswestija" aus Leningrad meldet, sind im dortigen Zentralbüro der gewerkschaftlichen Sozialversicherung für das gesamte Leningrader Gebiet Riesenbeträge von dem Leiter Petschnikow und den Beamten dieses Büros veruntreut worden. Petschnikow und seine Helfershelfer haben sich durch Strohmänner, denen sie gefälschte Unterlagen zuschmuggelten, von den Zahlstellen der Sozialversicherung Renten, Unterstützungsgelder und sogar die sogenannten „Personal-, Ruhe- und Ehrengehälter" abwesender oder verreister Gelehrter auszahlen lassen. Die Bande, so schreibt die „Iswestija", hat es im Laufe von zwei Jahren sogar verstanden, die Renten längst verstorbener Unterstützungsempfänger an sich zu bringen. In dem Büro des „Sozstrach" (Sozialversicherung) herrsche im übrigen ein derartiges Chaos, daß auch der eingesetzte amtliche Prüfungsausschuß den genauen Betrag der Veruntreuung nicht feststellen konnte.

# Wieder neue Regierung in Spanien.

## Verzweiflungsschritt in Madrid

**Die von Giral geführte spanische Linksregierung ist, wie aus Madrid gemeldet wird, zurückgetreten, obgleich sie noch gar nicht lange im Amt war. Die Führung der neuen Regierung übernahm der Sozialist Largo Caballero. In dem neugebildeten Kabinett sind zum erstenmal Kommunisten offiziell vertreten. Die neue Regierung Caballero setzt sich zusammen aus sieben Sozialisten, zwei Kommunisten, zwei Linksrepublikanern, einem Basken und einem Katalanen. Der bisherige Ministerpräsident Giral gehört dem neuen Kabinett als Minister ohne Portefeuille an. Das Außenministerium übernahm Alvarez del Vayo, ein früherer Journalist, der einige Jahre ein argentinisches Blatt in Berlin vertrat, später Botschafter in Mexiko wurde und im Jahre 1933 als erster spanischer Botschafter nach Moskau ging.**

*

Diese Meldung aus Madrid ist überaus bezeichnend für die Unsicherheit, in der die Regierungskreise in der spanischen Hauptstadt sich befinden. Aber je marxistischer und kommunistischer die Madrider Regierungen werden, so wird dadurch die verzweifelte Lage der roten Truppen an den Kampffronten nicht geändert. Die erneute Regierungsumbildung in Madrid ist ein Symptom dafür, daß die Lage der roten Volksfront in Spanien von Tag zu Tag schlechter und verworrener wird. In Madrid fehlt die feste Hand. Die Anarchie will zum Chaos führen.

Wenn ein Mann wie Largo Caballero die Leitung der Madrider Regierung übernimmt, so bedeutet das die Aufrichtung eines ausgesprochenen Bolschewistenkurses in den nicht von der nationalen Militärgruppe beherrschten spanischen Landesteilen. Largo Caballero, der sich „Spanischer Lenin" nennen läßt, war die treibende Kraft des blutigen Aufstandes gegen die antimarxistische Regierung Lerroux im Oktober 1934. Er kennt nur ein Ziel, nämlich die völlige Errichtung der Diktatur des Proletariats nach Moskauer Muster. Caballero ist von Haus aus Stuckarbeiter und Organisator des roten Gewerkschaftsbundes Spaniens, der „Union General de Trabajadores". Caballero ist ein Schrittmacher der Kommunisten, wie seine bisherige politische Tätigkeit bewiesen hat. Mit der Uebernahme der Macht in Madrid durch ihn wird der Terror der Kommunisten und Anarchisten ungeahnte Ausmaße annehmen können. Der schwergeprüften Bevölkerung Spaniens scheint kein Leid und Elend erspart zu bleiben.

### Ungeheuerliche Neutralitätsverletzung geplant.

**Iruner Marxisten wollen durch Frankreich nach Katalonien gebracht werden**

**Wie Havas aus Hendaye meldet, sollen mehrere hundert marxistische Milizsoldaten, die von Irun über die Grenze nach Frankreich geflüchtet sind, in Sonderzügen nach der anderen Seite der Pyrenäen auf die Grenzstation Cerbere befördert werden, um sich dort den katalanischen Anarchisten anschließen zu können.**